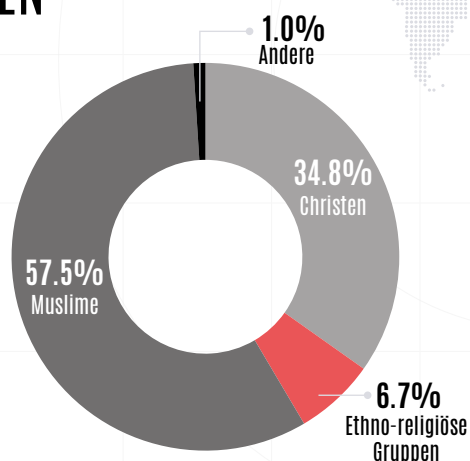




TSCHAD

RELIGIONEN



DIE GESETZSLAGE ZUR RELIGIONSFREIHEIT UND DIE TATSÄCHLICHE ANWENDUNG

Die Nationalversammlung der Republik Tschad verabschiedete im April 2018 trotz des Boykotts zahlreicher Oppositionsmitglieder eine reformierte Verfassung.¹ Im Zuge der Reform wurde das Amt des Premierministers abgeschafft und der Präsident mit umfassenden Vollmachten ausgestattet. Der langjährige Amtsinhaber Idriss Déby hat nunmehr die Möglichkeit, bis zum Jahr 2033 Präsident zu bleiben.

Déby ist in dem zentralafrikanischen Land seit 1990 ununterbrochen an der Macht. Bei der letzten Wahl im Jahr 2016 wurde er mit annähernd 60 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt.² So gut wie alle Oppositionsparteien unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung gegen ihn.

Die neue Verfassung sieht vor, dass Mitglieder des Ministerrates einen Amtseid ablegen müssen. Ursprünglich sollte die Eidesformel auf „Allah“ Bezug nehmen. Doch nach heftiger Kritik wurde sie im Juni 2018 umgeändert, so dass Minister sich bei ihrem Amtseid entweder auf „Gott“ oder auf „Allah“ beziehen können.³ Im April 2018 veröffentlichten die katholischen Bischöfe des Tschad eine Erklärung, in der sie sich gegen die Verfassungsreform aussprachen

und ein Verfassungsreferendum forderten.⁴

Gemäß Artikel 1 der Verfassung von 2018 ist die Republik Tschad ein säkularer Staat, der an der Trennung von Religion und Staat festhält.⁵ Artikel 14 gewährleistet, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, unabhängig davon, welcher Religion sie angehören. Die Verfassung sichert zudem jedem das Recht auf Gewissens-, Religions-, Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit zu. Laut Artikel 28 ist eine Einschränkung dieser Freiheiten dann möglich, wenn die Rechte und Freiheiten anderer und die öffentliche Ordnung und Sittlichkeit geschützt werden müssen. Die Verfassung sieht lange Haftstrafen für Regierungsmitglieder vor, die den Versuch unternehmen, den säkularen Charakter des Staates zu unterlaufen. In Artikel 157 wird ein Verstoß gegen diesen Grundsatz eindeutig als Hochverrat eingestuft. Darüber hinaus untersagt Artikel 5 der Verfassung „jegliche Propaganda religiöser Art, die darauf ausgerichtet ist, die nationale Einheit oder den säkularen Charakter des Staates zu gefährden“.

Laut Artikel 38 der Verfassung besteht allgemeine Schulpflicht, wobei die Schulbildung für jedes Kind kostenlos ist und kein Kind zur Teilnahme am Religionsunterricht gezwungen werden darf. An staatlichen Schulen darf kein Religionsunterricht erteilt werden, an Privatschulen aber

schon. Die Privatschulen diverser Glaubensgemeinschaften, darunter auch die der Katholischen Kirche, sind für das Land von großer Bedeutung.⁶

Der von der Regierung eingesetzte Hohe Islamische Rat des Tschad „beaufsichtigt die religiösen Aktivitäten der Muslime sowie einige Schulen und Hochschulen, an denen arabisch gesprochen wird, und vertritt das Land auf internationaler Ebene in Angelegenheiten des Islam“.⁷

Alle Organisationen müssen sich staatlich registrieren lassen. Bei der Regierung ist für religiöse Angelegenheiten der Direktor für Religiöse Angelegenheiten und Traditionen im Ministerium für Territorialverwaltung, öffentliche Sicherheit und lokale Verwaltung zuständig. Sein Büro vermittelt bei „Konflikten zwischen den Glaubensgemeinschaften, informiert über religiöse Praktiken, koordiniert Pilgerfahrten und gewährleistet die Religionsfreiheit“.⁸

VORFÄLLE UND AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

Die im Tschad bestehenden Glaubensgemeinschaften pflegen vor allem im Süden des Landes traditionell gute Beziehungen. Muslimische und christliche Vertreter besuchen regelmäßig die religiösen Feiern und Feste der jeweils anderen Gemeinschaften. Doch verschiedene Faktoren haben in den letzten Jahren dieses friedliche Miteinander untergraben und damit auch die Religionsfreiheit beeinträchtigt.

Der Tschad teilt sich in einen muslimisch geprägten Norden und einen überwiegend von Christen und Animisten besiedelten Süden. Im Juni 2018 setzte die Regierung erstmalig einen Sultan für die im Süden gelegene Region Moyen-Chari ein. Der Sultan ist eine Führungsfigur und besitzt in seinem Zuständigkeitsgebiet geistliche Autorität. Die Ernennung, die ohne vorherige Konsultationen erfolgt war, stieß in den nichtmuslimischen Teilen der Bevölkerung auf heftigen Widerstand. Es war zu befürchten, dass der Sultan seine Position ausnutzen könnte, um in der Region und im gesamten Süden des Landes eine „islamische Agenda voranzutreiben“.⁹ „In einer Region mit einem hohen Anteil an Christen und Animisten können wir kein Oberhaupt mit dem Titel eines Sultans einsetzen. Das ist eine Bedrohung für unser friedliches Zusammenleben“,¹⁰ erklärte ein christlicher Parlamentsabgeordneter.

Die größte Bedrohung für die Religionsfreiheit im Land stellen die Dschihadisten-Gruppen dar, insbesondere Boko Haram. Die aus Nigeria stammende Terrorgruppe ist

seit 2015 im Tschad aktiv, vor allem im Tschadbecken, das an der Grenze zu Nigeria liegt.¹¹

Im Berichtszeitraum kam es in verschiedenen Landesteilen zu Terroranschlägen, die überwiegend gegen die tschadischen Sicherheitskräfte gerichtet waren. Im März 2019 wurden bei einem Anschlag in der Nähe des Tschadsees im Südwesten des Landes 23 tschadische Soldaten getötet und viele weitere verletzt.¹² Bei einem weiteren Anschlag am 25. Mai starben vier Soldaten und mehrere Zivilisten, darunter auch ein Journalist.¹³ Am 23. Juni 2019 starben mindestens sechs Zivilisten bei einem Selbstmordanschlag in Kaiga im westlichen Teil des Landes.¹⁴ Im März 2020 verübte Boko Haram den bislang folgenschwersten Anschlag auf Sicherheitskräfte, bei dem 92 Soldaten auf der Halbinsel Boma getötet wurden.¹⁵

Im August 2018 erließ die Regierung neue Vorschriften für den nördlichen Landesteil, wonach Beamte einen Eid auf Allah ablegen müssen, wenn sie ihr Amt behalten wollen. Mehrere christliche Organisationen beschwerten sich, weil sie befürchteten, dass Nichtmuslime bei der Besetzung von öffentlichen Ämtern diskriminiert werden könnten.¹⁶

Im Februar 2019 starteten die Länder Tschad, Nigeria, Kamerun und Niger mit der Operation Yancin Tafki einen koordinierten Einsatz von Luft- und Bodeneinheiten zur Bekämpfung des dschihadistischen Terrors in der Region rund um den Tschadsee.¹⁷

Im Laufe des Jahres 2019 eskalierte im Osten des Tschad die Gewalt zwischen Nichtmuslimen und Muslimen. Nach Angaben der Crisis Group „offenbarten die Konflikte in diesen Regionen eine tiefe Kluft zwischen den Identitäten und einen starken Konkurrenzkampf um Land, Führungsansprüche und Macht, die weit über die klassischen Rivalitäten zwischen sesshaften Bauern und Hirten hinausgehen“.¹⁸ Die meisten Zwischenfälle traten zwischen Mai und August 2019 in den Provinzen Ouaddai und Sila an der Grenze zum Sudan auf. Die Eskalation der Lage veranlasste die Regierung im August 2019, den Notstand auszurufen und Militäreinheiten in die beiden östlichen Provinzen zu entsenden.¹⁹ In diesem Zeitraum waren mehrfach Glaubensgemeinschaften von Anschlägen betroffen. So wurden am 16. Mai 2019 sechs Menschen getötet, als sie eine Moschee verließen.²⁰ Die Konflikte in der Region scheinen aber nicht religiös motiviert zu sein. Vielmehr werden sie von ethnischen und sozioökonomischen Faktoren geschürt.

Die Terrorgruppen ließen auch 2020 nicht nach, „ethnische

Animositäten“, wie die Vereinten Nationen es nennen, für Entführungen, Plünderungen und Landraub auszunutzen.

Aufgrund der staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie wurden am 21. März 2020 alle religiösen Aktivitäten eingestellt und Gebetsstätten geschlossen.²¹ Im Juni 2020 stellte der Vatikan Mittel aus einem Nothilfefonds für die Diözese Doba bereit, mit denen Gemeinden unterstützt wurden, die infolge der Pandemie in Not geraten waren.²²

PERSPEKTIVEN FÜR DIE RELIGIONSFREIHEIT

Seit 2015 leidet der Tschad unter dem Terror von Boko Haram. Dies hat schwerwiegende Folgen für die Wirtschaft. Nachdem mehrere 1000 Menschen aus ihrer Heimat flüchten mussten, steckt das Land in einer tiefen humanitären Krise.

Auch wenn die Anschläge in den letzten Jahren zurückgegangen sind, ist die Sicherheitslage nach wie vor prekär. Zudem löst das massive militärische Vorgehen der Regierung gegen den Terror nicht die Probleme der Bevölkerung, wie das Beispiel der Operation Yancin Tafki zeigt. Der Dschihadismus untergräbt eindeutig die Religionsfreiheit im Land.

Eine Politik, die im Osten des Tschad Identitätsunterschiede in den Vordergrund stellt, befeuert auf lokaler Ebene die Gewalt unter gesellschaftlichen Gruppen.²³ Um das Problem einzudämmen, rief die Regierung im August 2019 in der Region den Notstand aus. Doch die Behörden unternehmen nichts gegen die Missstände, die den Konflikten zugrunde liegen. Auch wenn diese Ursachen offenbar nicht religiöser Natur sind, stellen sie eine Bedrohung für die Religionsfreiheit dar.

ENDNOTEN / QUELLEN

- 1 „Reforming the content, rather than context, of the Chadian constitution: old wine in a new bottle?“, Constitution Net, 9. Mai 2018, <http://constitutionnet.org/news/reforming-content-rather-context-chadian-constitution-old-wine-new-bottle/> (abgerufen am 3. November 2020).
- 2 Election Guide, „Republic of Chad: Election for President“, <https://www.electionguide.org/elections/id/2518/> (abgerufen am 3. November 2020).
- 3 Office of International Religious Freedom, „Chad“, 2019 International Religious Freedom Report, US-Außenministerium, <https://www.state.gov/reports/2019-report-on-international-religious-freedom/chad/> (abgerufen am 2. November 2020).
- 4 Ngala Killian Chimtom, „Chad bishops oppose constitutional reform which would increase president’s power“, Crux Now, 24. April 2018, <https://cruxnow.com/global-church/2018/04/chad-bishops-oppose-constitutional-reforms-which-would-increase-presidents-power/> (abgerufen am 5. November 2020).
- 5 Chad’s Constitution of 2018, Constitute Project, https://www.constituteproject.org/constitution/Chad_2018?lang=en (abgerufen am 2. November 2020).
- 6 Office of International Religious Freedom, op. cit.
- 7 Ibid.
- 8 Ibid.
- 9 „Chad: Sultan in Christian and Animist south is ‘threat for peace’“, World Watch Monitor, 18. Juli 2018, <https://www.worldwatchmonitor.org/2018/07/chad-sultan-in-christian-and-animist-south-is-threat-for-peace/> (abgerufen am 5. November 2020).
- 10 Alice Scarsi, „Christianity crackdown: Fury as Sultan appointed in Christian neighbourhood“, Express, 24. Juli 2018, <https://www.express.co.uk/news/world/993792/chad-muslim-sultan-appointed-christianity-crackdown> (abgerufen am 5. November 2020).
- 11 „Fighting Boko Haram in Chad: beyond military measures“, Crisis Group, 8. März 2017, <https://www.crisisgroup.org/africa/central-africa/chad/246-fighting-boko-haram-chad-beyond-military-measures> (abgerufen am 5. November 2020).
- 12 „Boko Haram militants kill 23 soldiers in Chad“, Deutsche Welle, 22. März 2019, <https://www.dw.com/en/boko-haram-militants-kill-23-soldiers-in-chad/a-48025225> (abgerufen am 5. November 2020).
- 13 Fergus Kelly, „Chad journalist and soldiers killed near N’Gounboa after Boko Haram attack“, The Defense Post, 26. Mai 2019, <https://www.thedefensepost.com/2019/05/26/chad-journalist-soldiers-killed-ngounboua-iswap-boko-haram/> (abgerufen am 5. November 2020).
- 14 „Suicide bomber kills 6 in Chad; including soldier“, Al Jazeera, 14. August 2019, <https://www.aljazeera.com/news/2019/08/14/suicide-bomber-kills-6-in-chad-including-soldier/> (abgerufen am 5. November 2020).
- 15 „92 Chad soldiers killed in deadliest Boko Haram attack“, Al Jazeera, 25. März 2020, <https://www.aljazeera.com/news/2020/3/25/92-chad-soldiers-killed-in-deadliest-boko-haram-attack> (abgerufen am 5. November 2020).
- 16 Jonathan Luxmoore, „Source: Catholics face fear as Chad prioritizes Islam“, Catholic Philly, 27. August 2018, <https://catholicphilly.com/2018/08/news/world-news/source-catholics-face-fear-as-chad-prioritizes-islam/> (abgerufen am 9. Dezember 2020).
- 17 Shehu Usman, „Boko Haram: multinational JTF begins operation ‚Yancin Tafki‘ in Lake Chad area“, The Defense Post, 21. Februar 2019, <https://dailypost.ng/2019/02/21/boko-haram-multinational-jtf-begins-operation-yancin-tafki-lake-chad-area/> (abgerufen am 5. November 2020).
- 18 „Avoiding the resurgence of intercommunal violence in Eastern Chad“, Crisis Group, 30. Dezember 2019, <https://www.crisisgroup.org/africa/central-africa/chad/284-eviter-la-reprise-des-violences-communautaires-lest-du-tchad> (abgerufen am 5. November 2020).
- 19 „Etat d’urgence dans l’est du Tchad“, BBC News Afrique, 18. August 2019, <https://www.bbc.com/afrique/region-49388893> (abgerufen am 5. November 2020).
- 20 „Avoiding the resurgence of intercommunal violence in Eastern Chad“, op. cit.
- 21 „Other aid from the PSM fund for covid emergency in Sao Tomé and Príncipe, Sierra Leone, Chad and Guinea“, Agenzia Fides, 2. Juni 2020, http://www.fides.org/en/news/68041-VATICAN_Other_aid_from_the_PSM_Fund_for_the_Covid_emergency_in_Sao_Tome_and_Principe_Sierra_Leone_Chad_and_Guinea (abgerufen am 5. November 2020).
- 22 „Assistance thanks to the PSM fund for the covid-19 emergency in Chad and Kenya“, Agenzia Fides, 27. Juni 2020, http://www.fides.org/en/news/68226-VATICAN_Assistance_thanks_to_the_PMS_Fund_for_the_Covid_19_emergency_in_Chad_and_Kenya (abgerufen am 5. November 2020).
- 23 „Avoiding the resurgence of intercommunal violence in Eastern Chad“, Crisis Group, 30. Dezember 2019, <https://www.crisisgroup.org/africa/central-africa/chad/284-eviter-la-reprise-des-violences-communautaires-lest-du-tchad> (abgerufen am 5. November 2020).